

## Brüssels gefährlicher Schulden-Trick fällt auf Deutschland zurück

Welt, 15.01.2024, Dorothea Siems

[https://www.welt.de/wirtschaft/plus249235574/Haushaltsloecher-Bruessels-gefaehrlicher-Schulden-Trick-faellt-auf-Deutschland-zurueck.html?sc\\_src=email\\_5402257&sc\\_lid=545257265&sc\\_uid=9b9AoAfTYB&sc\\_lid=5238&sc\\_cid=5402257&cid=email.crm.redaktion.newsletter.wirtschaft&sc\\_eh=94c824e22aa172ca1](https://www.welt.de/wirtschaft/plus249235574/Haushaltsloecher-Bruessels-gefaehrlicher-Schulden-Trick-faellt-auf-Deutschland-zurueck.html?sc_src=email_5402257&sc_lid=545257265&sc_uid=9b9AoAfTYB&sc_lid=5238&sc_cid=5402257&cid=email.crm.redaktion.newsletter.wirtschaft&sc_eh=94c824e22aa172ca1)

Das Verfassungsgericht zwingt den Bund zu Hause zur soliden Haushaltsführung. Die Europäische Union nimmt indes Kredite auf, die in keiner Statistik hierzulande auftauchen. Dennoch werden sie die Deutschen über kurz oder lang belasten – mit 100 Milliarden Euro zusätzlich.

Die Ampel-Regierung muss künftig solider wirtschaften. Grund ist das strenge Haushaltsurteil des Bundesverfassungsgerichts vom November. Karlsruhe hatte darin Trickereien der Ampel zur Umgehung der Schuldenbremse als verfassungswidrig angeprangert. Damit ist das von der Koalition bis dahin im großen Stil betriebene Verstecken immer neuer Schulden in Schattenhaushalten wie dem Klima- und Transformationsfonds nun nicht mehr möglich. Mehr Sparsamkeit ist damit unumgänglich.

Für Europa gilt dieser heilsame Zwang zur Transparenz der wahren Schuldenlage allerdings nicht. Im Gegenteil: Die Europäische Kommission nimmt im Namen der gesamten EU im großen Stil Kredite auf, reicht das geliehene Geld an die Mitgliedstaaten zu einem guten Teil als nicht rückzahlbare Zuschüsse weiter, und diese Schulden werden bei den Nationalstaaten nicht als Verbindlichkeiten aufgeführt.

„Diese Schulden sind ins Nirwana gebucht“, sagt der Finanzwissenschaftler Friedrich Heinemann vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW): „Obwohl die Mitgliedstaaten mit ihren Steuereinnahmen für die EU-Schulden geradestehen müssen, tauchen sie in keiner Statistik auf.“

Am ZEW läuft derzeit eine von der Grube Stiftung beauftragte Studie zur Fiskaltransparenz, die Licht in das Dunkel bringen soll. „Bei Deutschland müsste man rund 100 Milliarden Euro an impliziten Schulden zu den offiziell ausgewiesenen nationalen Schulden hinzurechnen“, sagt Heinemann. Dies entspreche der Größenordnung des Bundeswehr-Sondervermögens, das der Bundestag nach dem russischen Angriff auf die Ukraine beschlossen hatte. Über die europäische Kreditaufnahme ist in Deutschland somit ein weiterer Schuldenberg entstanden. Und in der EU gibt es bereits Bestrebungen, diesen Weg der Geldbeschaffung und -verteilung auszuweiten.

Gemeinschaftliche Schulden waren in der EU eigentlich nie vorgesehen. Doch unter dem Eindruck der Corona-Pandemie rückten die 27 EU-Staaten von diesem Grundsatz ab. Im Juli 2020 beschlossen die Regierungschefs die Einrichtung eines Wiederaufbaufonds. Die Kommission wurde ermächtigt, am Kapitalmarkt 750 Milliarden Euro an EU-Anleihen zu emittieren, um mit dem Geld die Mitgliedstaaten bei der Bewältigung der Krise zu unterstützen.

Mit 390 Milliarden Euro wird der größere Teil dieser Mittel als Zuschüsse an die Staaten ausgezahlt, die restlichen 360 Milliarden Euro als Kredite. Nur letztere werden von den Ländern, die sie in Anspruch nehmen, auf den nationalen Schuldenstand angerechnet und müssen von diesen Mitgliedstaaten auch getilgt werden. Der größere Teil hingegen muss von Empfängerländern nicht zurückgezahlt werden. Dies sind die Schulden, die anteilmäßig von allen EU-Staaten zu tilgen sind.

Mit dem Wiederaufbaufonds hat die EU ein schuldenfinanziertes Transfersystems zwischen den Mitgliedstaaten eingeführt. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen taufte das neue Finanzierungsinstrument „Next Generation EU“. Ein treffender Name, wie der Präsident des Europäischen Rechnungshofes, Tony Murphy, im vergangenen Herbst kritisch anmerkte, weil es in der Tat „die nächste Generation ist, die für diese Schulden zahlen muss“. Denn die Tilgung soll 2028 beginnen und dreißig Jahre dauern.

Für den im Wiederaufbaufonds aufgetürmten Schuldenberg haften die Mitgliedstaaten gemeinschaftlich. Auf Deutschland entfällt dabei entsprechend seiner Wirtschaftsgröße rund ein Viertel. Sollten ein oder mehrere Mitgliedstaaten allerdings ihren Zahlungsverpflichtungen irgendwann nicht mehr nachkommen, müssen die übrigen Länder dafür anteilmäßig geradestehen. Die entsprechenden vertraglichen Vereinbarungen sähen dies eindeutig vor und seien völkerrechtlich bindend. „De facto haftet Deutschland gesamtschuldnerisch“, sagt ZEW-Forscher Heinemann, also im schlimmsten Fall für die Gesamtsumme an emittierten EU-Anleihen.

Dieses Worst-Case-Szenario sei zwar unrealistisch, aber dass in der dreißig Jahre dauernden Tilgungsphase bis zum Jahr 2058 einzelne Mitgliedstaaten ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, sei durchaus vorstellbar, sagt der Ökonom. Schließlich haben etliche Länder Schuldenstände von deutlich mehr als 100 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP). Und dabei ist der auf die Nationalstaaten entfallende Anteil an den gemeinsamen EU-Schulden noch nicht einmal enthalten: In Italien liegt der offiziell ausgewiesene Schuldenstand mit gut 140 Prozent mehr als doppelt so hoch wie in Deutschland (67 Prozent), Griechenland steht bei fast 170 Prozent.

Derart hohe Schuldenquoten hatte man bei der Einführung der Gemeinschaftswährung mit strikten Haushaltsregeln verhindern wollen. Die Maastricht-Kriterien sehen maximal einen Schuldenstand von 60 Prozent des BIP und ein Defizit von höchstens drei Prozent vor. Tatsächlich wurden diese Stabilitätsregeln allerdings nie von allen Ländern eingehalten. Seit Beginn der Corona-Pandemie sind sie zudem ausgesetzt. Über eine Neuregelung wird derzeit verhandelt.

Für die EU selbst gibt es indes keine Schuldenregeln. Je enger der Finanzspielraum in den Mitgliedstaaten wird, desto verlockender kann es nationalen Regierungen sein, aus dem Wiederaufbaufonds ein dauerhaftes Transfersystem zu machen. Vor allem Italien und andere Südländer machen bereits Druck in dieser Richtung. Auch in Deutschland gibt es von Seiten der Grünen und der SPD die Forderung nach „mehr Solidarität“ in Europa, die in die gleiche Richtung zielt.

### *Risiko, dass sich die gemeinsame EU-Schuldenaufnahme verstetigt*

Zuletzt kam zudem aus den baltischen Staaten der Vorstoß, nach dem Vorbild des Wiederaufbaufonds über einem schuldenfinanzierten neuen Geldtopf die europäische Verteidigungsfähigkeit zu stärken, falls in den USA erneut der frühere Präsident Donald Trump die nächste Wahl gewinnt.

Der Bundesrechnungshof warnt davor, die in der Pandemie eingeführte Möglichkeit der gemeinsamen Schuldenaufnahme zu verstetigen. „Das Risiko, dass die EU dies wiederholt, ist groß“, sagte der Experte für die europäischen Finanzen beim Bundesrechnungshof Ahmed Demir jüngst auf einem vom ZEW veranstalteten Kongress zur Fiskaltransparenz in Europa.

Die bisherige Erfahrung lehre, dass in der EU-Instrumente, die in einer Krise eingeführt wurden, im Regelfall später verstetigt würden, sagte Demir. Bei dem in der Schuldenkrise 2012 eingerichteten Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), der Mitgliedstaaten im Notfall mit Krediten unterstützt, sei dies auch der Fall gewesen. Mit dem Wiederaufbaufonds ging die EU noch einen Schritt weiter.

Denn nun gibt es erstmals im großen Stil auch nicht rückzahlbare Zuschüsse. Dabei bekommen alle Mitgliedstaaten – auch Deutschland – etwas aus dem Topf. Doch bei den solideren Staaten übersteigen die Zahlungsverpflichtungen bei Weitem die Auszahlungen. Bei Nettoempfängern, allen voran Italien und Spanien, ist es umgekehrt.

„Die Zuschüsse aus dem Wiederaufbaufonds sind ein schuldenfinanzierter Transfer unter Umgehung der nationalen Schuldenbremsen“, kritisierte der Europaexperte des Bundesrechnungshofs. Damit gingen erhebliche Fehlanreize einher. Schneller als erwartet ist die Kreditaufnahme zudem auch für die EU viel teurer geworden, als dies zur Einführung des Wiederaufbaufonds erwartet worden war.

Der Schuldendienst schlägt bereits deutlich zu Buche, da die Zinsen aufgrund der hohen Inflation stark gestiegen sind. Ab 2028 wird der Schuldendienst laut Bundesrechnungshof mit voraussichtlich 30 Milliarden Euro im Jahr bereits 16,2 Prozent des EU-Haushalts verschlingen. Kein Wunder, dass die Kommission auf eine Aufstockung ihres Etats dringt.